

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 07.12.2005**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)

Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste zur letzten Sitzung in diesem Jahr.

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Ergänzungswünsche oder Änderungsvorschläge.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 09.11.2005 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird mehrheitlich bestätigt.

Öffentlicher Teil

TOP 3.: Berichte und Informationen

Information zur 15-jährigen Tätigkeit des Behindertenbeirates der Stadt Cottbus

Die Vorsitzende des Behindertenbeirates, Frau Piduch, gibt eine Einschätzung zur 15-jährigen Tätigkeit des Behindertenbeirates und dankt allen Partnern für die gute Zusammenarbeit.

Hinsichtlich der Mitarbeit der Fraktionen, ausgenommen die Fraktion Die Linke.PDS, wünscht sich der Behindertenbeirat eine aktivere Beteiligung. Frau Piduch richtet die Bitte an die Fraktionen, sich stärker in die Arbeit des Behindertenbeirates einzubringen bzw. mitzuwirken.

TOP 4.: Beschlussvorlagen

II-059/05 Fortführung der Satzung „Cottbus-Pass“

Herr Konzack, Amtsleiter des Bürgeramtes, stellt die Vorlage vor und bittet den Ausschuss, der Fortführung der Satzung „Cottbus-Pass“ in ihrer jetzigen Form für 2 weitere Jahre zuzustimmen.

Stellvertretend für die Fraktion AUB unterbreitet Herr Selka, sachkundiger Einwohner der AUB, folgenden Kompromissvorschlag für diejenigen der ALG-II-Empfänger, die nicht zum anspruchsberechtigten Personenkreis entspr. § 2 des Cottbus-Passes gehören:

Anstelle des durch das Bürgeramt ausgestellten Ablehnungsbescheides für den nicht anspruchsberechtigten Personenkreis könnte als „Alternativedokument“ eine Berechtigung zur Erlangung von Vergünstigungen in Form eines „Kärtchens“ ausgehändigt werden. Strittig ist die Frage, welche Behörde diese Karte künftig ausstellen soll, das Bürgeramt oder die ARGE. Unter der Voraussetzung, dass der Vorschlag aufgenommen und ein Lösungsvorschlag erarbeitet werden soll, stimmt der Ausschuss der Vorlage mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss erteilt der Stadtverordnetenversammlung folgende Empfehlung zur Beschlussfassung:

5 Zustimmungen
1 Gegenstimme
0 Enthaltungen

TOP 5.: Sonstiges

5.1 Stellvertretung für den Ausschussvorsitzenden

Mit dem Ausscheiden der Stadtverordneten Frau Schmidt (DieLinke.PDS) ist die Stellvertretung für den Vorsitz des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten neu zu bestimmen. Der Vorsitzende, Herr Dr. Fischer, schlägt Frau Kircheis (SPD) als Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden vor. Frau Kircheis, die am heutigen Ausschuss nicht anwesend ist, hat bereits ihr Einverständnis erklärt.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Vorschlag des Vorsitzenden mehrheitlich zu.

5.2 Besetzung Trägervertretung ARGE

Mit dem Ausscheiden der Stadtverordneten Frau Schmidt (Die Linke.PDS) als Vertreterin der Stadt in der Trägervertretung der ARGE wird Herr Dr. Fischer als ihr bisheriger Stellvertreter zum Vertreter benannt.

Der öffentliche Teil endet um 18:00 Uhr.

gez. Dr. Fischer
 Vorsitzender

gez. Schuppan
 Protokollantin